

Bürgermeister Hanno Kern

Dreihausen, den 13.11.2023

Haushaltsrede 2024

„Das Rad nicht neu erfinden, aber Prioritäten erkennen und Pflichtaufgaben gewissenhaft umsetzen“.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
verehrte Kolleginnen und Kollegen der Gemeindevertretung und des
Gemeindevorstandes,
werte Leiterin und werte Leiter der Bürgerbüros,
sehr geehrter Herr Gemeindebrandinspektor,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Gäste.

„Zeitenwende“! Der Begriff Zeitenwende hat in der aktuellen Zeit in vielfacher Hinsicht Hochkonjunktur und ist in aller Munde. Daher kommt es vor, dass der weitläufige Begriff fast inflationär benutzt wird. All die Entscheidungen, die durch die hohe und den Kommunen vorgelagerte Politik in Berlin aber auch in Wiesbaden unter dem Begriff „Zeitenwende“ zusammengefasst und erklärt werden, haben natürlich und im Besonderen Auswirkungen auf unsere Gemeinde und unseren Alltag. Eben Auswirkungen auf die kommunale Ebene. Ich spüre als nun neuer und mit Ihnen gemeinsam mitverantwortlicher Vertreter der Mitbürgerinnen und Mitbürger hier stark, dass gerade die kommunale Ebene dabei häufig aus dem Blick dieser entfernten Warte fällt. Dabei hat die Politik und die daraus resultierenden Entscheidungen, insbesondere aus der Bundeshauptstadt, aber auch aus der Landeshauptstadt, ganz unmittelbaren Einfluss auf

das, was wir hier beraten, womit wir uns beschäftigen und was wir letztendlich mehrheitlich entscheiden dürfen und müssen.

Ein gutes und leicht verständliches Beispiel möchte ich hier, insbesondere auch mit dem Hinblick auf die wohl nicht von allen wahrgenommenen, direkten Auswirkungen auf uns darstellen: Das Wachstumschancen-Gesetz. Zuerst: Die durchweg positiven Begrifflichkeiten, mit denen gerade in inflationärer Weise Gesetzesvorhaben auf Bundesebene bezeichnet werden, haben auch eine Kehrseite, die in der öffentlichen Debatte bislang kaum wahrgenommen wurde und wird. Das, was die Bundesregierung mit dem Wachstumschancen-Gesetz auf den Weg gebracht hat, hat ganz konkrete Auswirkungen - auch auf unsere kommunale Ebene und zwar bei der von uns so dringend benötigten Gewerbesteuer. Dieses Gesetzesvorhaben sieht vor, dass Unternehmen bei der Gewerbesteuer größere Verlustvorträge geltend machen können. Nach vorläufigen Berechnungen der kommunalen Spitzenverbände, die hier warnend die Hand heben, werden damit den Städten und Gemeinden und insbesondere jenen, die wie wir auf die Gewerbesteuer angewiesen sind, rund 1,9 Milliarden Euro im kommenden Jahr fehlen. Von den 6,5 Milliarden Euro Steuerentlastung werden alleine die Städte und Gemeinden, also auch wir, rund ein gutes Viertel zu tragen haben. Ich könnte hier noch viele weitere Beispiele anführen, wie Gesetzesvorhaben insbesondere auf Bundesebene, teilweise auch sehr drastisch auf der Ebene des Landes Hessen, Einfluss auf die Finanzsituation der Städte und Gemeinden haben. Allerdings wird das in der öffentlichen Diskussion seitens der Bundes- und Landespolitik leider ausgeblendet und tritt daher im doch sehr kontroversen politischen Diskurs nicht in Erscheinung.

Ein weiteres Beispiel, bei dem unsere Kommune, wie alle Kommunen in Deutschland gefordert ist, ist das neue Heizungsgesetz. Ich spüre eine zunehmende Verunsicherung und Ratlosigkeit bei Bürgerinnen und Bürgern in unserer Gemeinde. Man mag zu diesem Gesetz stehen wie man will, aber eines ist allen so langsam aber sicher klar: die eigentliche Arbeit, die Herausforderung in der Sache, wird auch bei diesem Gesetz auf die Kommunen übertragen, die die kommunale Wärmeplanung unter starkem Druck der verunsicherten Menschen auf der Fläche entwickeln müssen. Wir sind uns als Kommune bewusst, dass wir hier gewissenhaft einen Handlungsrahmen erschaffen, damit dieses umstrittene Gesetz Wirkung entfalten kann. Wir prüfen dazu bereits einen Förderantrag, Verfahrensweisen sowie Bürgerinformationsveranstaltungen und wollen nicht abwarten, bis uns die gesetzlichen Fristen einholen. Wir sind uns dieser Verantwortung bewusst. Das Ziel des Gemeindevorstandes ist es, Klarheit und Verlässlichkeit dort zu schaffen, wo der Gesetzgeber auf Bundes- und Landesebene Verunsicherung hinterlassen hat, bzw. weiter schafft.

Sehr geehrte Damen und Herren. Ich frage Sie: Was hat das alles mit unserer Haushaltsplanung für das Jahr 2024 zu tun? Meine klare Antwort auf diese rhetorische Frage: Sehr viel! Vielleicht mehr als uns allen lieb ist und lieb sein kann. Eines ist klar (klärchen): all diese innovativen, gesetzlichen Vorgaben, aber auch die dadurch tangierte, wirtschaftliche Entwicklung, haben ganz unmittelbaren Einfluss auf die Finanzausstattung und die Aufgaben für uns auf der kommunalen Ebene.

Hinzu kommen drastische äußere Einflüsse, die nur bedingt auf politische Entscheidungen oder politisches Nichthandeln in Deutschland oder Europa zurückzuführen sind. Ich möchte da zuallererst die Inflation erwähnen, die nur langsam zurückgeht, den konjunkturellen Einbruch, der sich immer mehr abzeichnet – binnen kürzester Zeit

ist Deutschland von der Rolle der „Lokomotive“ Europas wieder zum „kranken Mann“ in der Europäischen Union zurückgefallen. Weiterhin wird die anhaltende Verunsicherung durch den verbrecherischen Krieg in der Ukraine sowie die Eskalation im Gaza-Streifen nicht weniger.

Vater Staat hat in den zurückliegenden Jahren gegengesteuert, insbesondere durch Schattenhaushalte, die als „Sondervermögen“ bezeichnet wurden. Doch was sind Sondervermögen? Nach meiner Bewertung tatsächlich nichts anderes, als zusätzliche Schulden, die uns und kommende Generationen erheblich belasten werden. In unserem Haushalt werden Sie solche kreativen Wortfindungen wie z.B. „Spezialfinanzverfügungsreserve“ aus den Tiefen der Semantik nicht lesen. Die Devise „Haushaltsklarheit - Haushaltswahrheit“ gilt nicht nur für unsere Zahlen, sondern auch für die Begrifflichkeiten in meiner ersten und mir persönlich sehr wichtigen, heutigen Haushaltsrede als Ihr Kämmerer der Gemeinde.

Prioritäten erkennen und Pflichtaufgaben gewissenhaft umsetzen!

Wir sollten den Ihnen vorgelegten Haushaltsentwurf, wie sicherlich auch die Jahre zuvor, pragmatisch und sachlich angehen. Wir sollten Verlässlichkeit und Sicherheit trotz der neuen, umfangreichen Herausforderungen weiter erhalten und ausbauen. Den Haushaltsentwurf, den ich Ihnen heute vorlege ist mit der Überschrift versehen: „Das Rad nicht neu erfinden, aber Prioritäten erkennen und Pflichtaufgaben gewissenhaft umsetzen“. Und wie sie aus dem Zahlenwerk des Haushalts 2024 gleich ersehen können, ist das keine einfache Wortschöpfung bestehend aus Worthülsen, sondern ein ganz konkretes, nachvollziehbares und transparentes Motto, das ich in Zusammenarbeit mit der Verwaltung bei der Planung des Etats zugrunde gelegt habe, schlicht und

ergreifend, weil es notwendig war. Trotz der durchweg negativen Vorzeichen, die ich eingangs erwähnt habe, können wir im kommenden Jahr noch mit einem kleinen Überschuss bei den Einnahmen und Ausgaben planen.

Würden wir keinen Überschuss erzielen, dann würden wir angesichts der aktuellen Inflation eine Haushaltsplanung mit hohem Vermögensverzehr vorlegen. Wünschenswert für mich wäre es sogar, einen Überschuss in Höhe der Inflation zu erzielen. Ansonsten wird das uns von unseren Bürgern anvertraute Vermögen weiter schrumpfen. Wir werden alle ärmer, sei es jeder Bürger, seien es unsere Unternehmen, Institutionen, Vereine und alle, die Teil dieser Solidargemeinschaft in der Gemeinde Ebsdorfergrund sind. Hierbei ist wichtig zu wissen, dass die Erträge auf der einen Seite weiterhin stetig steigen, allerdings die Aufwendungen auf der anderen Seite mindestens im gleichen Ausmaß mitziehen.

Unserem nachhaltigen Vermögen, die Leistungs- und Handlungsfähigkeit zu erhalten, ist der beste Dienst, den wir als Gremien den kommenden Generationen erweisen können, denn auch sie wollen noch aktiv Politik leben und somit ihre Gemeinde weiter gestalten! Eines ist sicher: Sie werden, so wie wir, ununterbrochen vor neue Herausforderungen gestellt und müssen damit gemeinsam umgehen. Deshalb gilt umso mehr, ein gerechter Haushalt muss immer auch ein generationengerechter Haushalt sein, in den wir unsere Vorhaben, unsere investiven und konsumtiven Ausgaben, eben unsere kommunalen Pflichtaufgaben im Hier und Heute finanzieren und nicht in die Zukunft schieben.

Im „Kernhaushalt“ gibt es, wie in den Vorjahren praktiziert, weiterhin keine neuen Schulden! Ich bin stolz, dass wir uns nicht nur dadurch vom Hessen- und Bundestrend

unterscheiden. Investitionen in Höhe von über 5 Millionen Euro sind im kommenden Haushaltsplan veranschlagt. Dabei werden keine Darlehen für die Investitionen benötigt. Die Aufnahme von Kassenkrediten ist ebenfalls nicht erforderlich.

Leider ist die Finanzierung durch Fördermittel nicht mehr auf dem hohen Niveau der letzten Jahre. Förderprogramme, wie die Hessenkasse, laufen aus und Neue werden nicht aufgelegt. Auch wissen Sie, dass nicht jedes Förderprogramm passend für die Projekte in unserer Gemeinde war und ist.

Alles keine schöne Medizin, aber es gibt noch eine bittere Pille, die wir alle schlucken müssen: Beim Thema „Grundsteuer“ gibt es Handlungsbedarf. Wir waren in der glücklichen Lage über die letzten Jahre die Hebesätze für die Grundsteuer A und B stabil zu halten. Im letzten Jahr wurde die Grundsteuer B nochmals gesenkt, damit Sie liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger eine weitere kleine, finanzielle Entlastung bei all den sonst gefühlt steigenden Kosten auf anderen Feldern, spüren konnten.

Es ist sicher kein Geheimnis: die allgemeinen Kosten, die Kosten für den Brandschutz, das Kitawesen, die Baukosten im Allgemeinen, die steigenden gesetzlichen Anforderungen und, und, und,... und nicht zuletzt die tarifbedingten und daher von mir unbedingt befürworteten Personalkosten, laufen uns davon. Deshalb mussten wir auch hier zu Entscheidungen kommen, um das Steueraufkommen der Grundsteuer A und B so zu gestalten, dass die kommunale Daseinsvorsorge - eben unsere zu Recht geforderten und gerne erfüllten Pflichtaufgaben leistungsfähig erbracht werden und somit die Erträge mit den Kosten im Einklang stehen. Wir sind aber auch hier zu einer nachhaltigen Entscheidung gekommen, die uns erlaubt, das angepasste Hebesatzniveau

stabil halten zu können, bis die anstehende Grundsteuerreform greift und wir die diesbezüglichen Auswirkungen wahrnehmen können.

Konkret bedeutet dies, dass wir unsere Hebesätze in Sachen Grundsteuer anpacken mussten. Wir müssen Ihnen daher vorschlagen, die Hebesätze so anzupassen, dass wir handlungsfähig bleiben. Ich weiß, dass eine solche Entscheidung schmerzt und in den politischen Gremien genug Zündstoff für politische Diskussionen bietet. Ich stelle mich dieser Diskussion und trage als Kämmerer die Verantwortung für diese notwendig zu fassende Entscheidung. Wir sehen aber per heute keine Alternativen dazu. Die Zahlen lügen nicht. Wir laufen sonst in eine deutliche Kostenunterdeckung hinein, die allein schon aufgrund der gesetzlichen Vorgaben nicht haltbar und genehmigungsfähig ist.

Diesen schweren Schritt können wir unseren Bürgerinnen und Bürgern, den Betrieben und Landwirten wohl eher nicht ersparen. Die letztjährige, einmalige Senkung der Grundsteuer B war eine rein politische Entscheidung, die bewusst getroffen wurde, um Sie liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger zumindest im laufenden Jahr etwas zu entlasten. Das war nicht nur in der bitteren Zeit nach den vielen Krisen eine wertvolle Unterstützung für die Menschen.

Nun ist aber der Schritt wichtig, den jeweils empfohlenen Nivellierungssatz zu beschließen. Wir liegen dennoch weiter an der untersten Grenze der Hebesätze im Kreisgebiet und unter vergleichbaren Kommunen in ganz Hessen. In Bezug auf die Anpassung hin zu den finanzpolitisch logischen Hebesätzen besteht auch deshalb keine Alternative, weil wir stets auch im Blick haben müssen, all das, was wir investieren, führt zu Abschreibungen, die wir aus dem Etat erwirtschaften müssen. Sonst betreiben wir

Vermögensverzehr und würden unsere Gemeinde ärmer machen. Die Fahnenstange dafür ist endlich und führt zwangsläufig in die Handlungsunfähigkeit. Dahin, so bestand stets Einigkeit im „Team Haushalt“, wollen wir unsere Kommune nicht führen.

Der Hessische Städtetag stellte jüngst in einem Rundschreiben fest, "das kommunale Hessen ist Schuldenland der Extreme". Nur die bedauernswerten Kommunen in Rheinland-Pfalz und Saarland sowie historisch bedingt in NRW stehen in einer Gesamtsicht aus Kassen- und Investitionskrediten noch schlechter da. Die rote Laterne trägt aber Hessen unangefochten bei den Investitionskrediten pro Einwohner in den Kommunen. Wir wollen dagegen weiter auf dem Pfad der Tugend bleiben. Schulden sind zwar Finanzierungsmittel im doppelten Haushalt, aber auch diese müssen getilgt werden. Lassen Sie mich noch eine Sache zum Ende dieses Themenblockes erwähnen: Die in der Vergangenheit hier im Hause festgelegten Hebesätze unter den öffentlich bekannten Nivellierungssätze sind nicht empfehlenswert – die aktuellen Nivellierungsgrenzen liegen bei 365 Prozentpunkten bei der Grundsteuer B und in der Höhe von 332 Prozentpunkten bei der Grundsteuer A –. Hebesätze unter dieser Grenze bedeuten auch immer weniger Geld in unserer Kasse, da uns Einnahmen unterstellt und damit angerechnet wurden und werden, die wir tatsächlich nicht haben. Ich sage mal ganz vorsichtig, dass sich da in den letzten Jahren eine stolze, politisch gewollte „Fehlsumme“ aufgebaut hat, die wir so nicht fortführen können und dürfen. Ich habe daher ein weinendes, aber auch ein lachendes Auge in Bezug auf die neuen Hebesätze, weil wir unsere traditionelle Rolle als „Verlierer“ im kommunalen Finanzausgleich endlich abgeben werden. Die dadurch entstandenen neuen finanziellen Spielräume haben uns die Möglichkeit gegeben, auch in Sachen Projekt „Prima Klima“ Haushaltsmittel für nachhaltige Umweltschutzprojekte einzuplanen. Wir sehen das als

deutliches Zeichen und einen weiteren wichtigen Schritt, mittelfristig alle Voraussetzungen zu erfüllen, um eine Klima-Kommune zu werden.

Kinderbetreuung bleibt zentrales Thema

Die Verliererrolle in diesem Themenkomplex liegt für uns weit entfernt! Wir stehen hier im Thema Kinderbetreuung vielmehr auf der Sonnenseite. Viele Städte und Gemeinden in unserem Land sind gar nicht mehr in der Lage, all das zu erfüllen, was der Gesetzgeber aber auch die teilweise kaum nachvollziehbaren Wünsche der Eltern ihnen abverlangen. Wir haben gerade zuletzt wieder in den Landtagswahlkämpfen eine Diskussion um eine weitere Ausweitung der Personalvorgaben im Zeichen der angeblichen Qualität in der Kinderbetreuung erlebt. Das sind nun wirklich Scheindebatten! Aus kommunaler Sicht sind das mittlerweile „Luftschlösser“ – ich muss es so drastisch sagen! Der Grund: das Personal ist einfach nicht verfügbar. Wir haben zu wenig qualifiziertes Betreuungspersonal, der Markt ist leergefegt - auch wegen der „Tarifuntreue“ der Stadt Marburg! Und gleichzeitig wollen einige politische Akteure den Kommunen gerade bei diesem Thema die Spielräume weiter einschränken.

Erinnern Sie sich bitte zurück an die Wahlplakate zur Landtagswahl im vergangenen September zur Personalausstattung bei den Themen Kindergärten, Pflege und Schulen! Ich konnte es nicht glauben, was zu lesen war: Da wurden zigtausend neue Fachkräfte versprochen. Nur woher, sehr verehrte Damen und Herren?! Die Frage wurde nicht beantwortet und kann auch nicht für die aktuelle Generation der Kinder beantwortet werden, so meine klare Realitätseinschätzung von der Basis. Vielleicht sollte man sich mal generell in Wahlkampfbüros schon im Vorfeld der Wahlkämpfe

Gedanken darüber machen, ob solche unhaltbaren Versprechen nicht bei vielen Wählerinnen und Wählern zur Politikverdrossenheit beitragen?!

Ich tausche mich gerne und viel mit meinen Amtskollegen aus. Viele Bürgermeisterkollegen, gleich welcher Couleur, haben hier ganz einfach schon kapituliert und die Kinderbetreuung in den eigenen Kommunen für teures Geld abgegeben! Wir haben es in der Sonnenscheingemeinde gemeinsam mit den kirchlichen und den freien Trägern bis jetzt gut hinbekommen. Aber es wird auch bei uns zunehmend schwerer! Mehr Personal heißt hier in der aktuellen Phase aber nicht immer auch gleich, dass wir die gewohnte Qualität halten können, weil wir in der aktuellen Phase schon froh sind, wenn sich auf aktuelle Ausschreibungen überhaupt jemand bewirbt. Doch in dieser Sache haben wir, trotz der schlechten und kaum beeinflussbaren äußeren Faktoren geliefert. Nämlich da, wo wir handlungsfähig waren und sind.

Sie wissen um was es geht: Die Schaffung von neuen und die Erhaltung und Renovierung von bestehenden Einrichtungen, sowie die Qualitätsverbesserung: Wir haben in der Gemeinde Ebsdorfergrund in den zurückliegenden Jahren mehrere Millionen Euro allein in dieses Thema investiert und es ist noch kein Ende absehbar. Auch in unsere notwendige und hier beschlossene Übergangslösung investieren wir, um unseren Auftrag, der aus einer gesetzlichen Garantie abgeleitet wird, erledigen zu können.

Im kommenden Haushalt finden sie Ansätze für die Ertüchtigung unserer Kindertagesstätten und für den erfolgreichen Abschluss der aktuellen diesbezüglichen Bauprojekte. Zeitgleich sind wir uns der Verantwortung bewusst, die Wünsche der kirchlichen und freien Träger als unsere Partner wohlwollend zu prüfen und um eine unaufgeregte Diskussion zu starten, auch finanztechnisch abzubilden. Abschließend möchte ich hier

erwähnen, dass mit der Genehmigung der Übergangslösung mit Modulen die klare Verpflichtung für uns besteht, neue feste Betreuungsplätze innerhalb der Kommune zu schaffen.

Hier müssen Lösungen gefunden werden, die finanztechnisch vertretbar, deren Folgekosten überschaubar und vor allem von den Bürgerinnen und Bürgern angenommen werden. Im Zuge der Diskussion ist nämlich eines klar geworden: Wir haben alle ein großes, gemeinsames Ziel: Weiterhin gute und funktionale Kinderbetreuung mit vielfältigen, partnerschaftlichen Trägern. Denn viele glückliche Kinder in modernen Betreuungseinrichtungen sind das schönste Geschenk für Eltern und Großeltern und machen unsere Kommune attraktiv, lebenswert und gut aufgestellt für die Zukunft. Zu guter Letzt: konkrete Verabredungen mit der evangelischen Kirche stehen in 2024 an, die wiederum dann Auswirkungen auf den Haushalt 2025 haben können. Auf diesen gemeinsamen Austausch und das damit verbundene gemeinsame Ziel, eine bestmögliche Lösung zu finden, freue ich mich. Der kürzlich von mir ins Leben gerufenen Kinderbetreuungskommission bin ich sehr dankbar, dass dort, so mein erster Eindruck, hervorragende Arbeit geleistet werden kann.

Die erfahrene Generation als stabile Stütze des Ehrenamtes!

Wo wir in den kommenden Haushaltsjahren ebenfalls weiter gefordert sind, ist bei der erfahrenen Generation. Die Generationen mit starken Geburtenraten kommen ins Rentenalter und diese Bevölkerungsgruppe wird sich - auch aufgrund der medizinischen Fortschritte - vergrößern. Unsere rüstigen und aktiven „Jungsenioren“ sind ein unverzichtbares und unermüdliches Reservoir an erfahrenen, ehrenamtlich Aktiven in verschiedenen, gesellschaftlichen Bereichen. Ob GrundTreff oder Bürgerhilfe,

Engagierte in unzähligen Themenfeldern in den verschiedenen Bereichen, wie z.B. ehrenamtliche Bürgerbusfahrer, Vereinsvorstände und vieles andere mehr, sind Gold wert!

Doch es kommt unweigerlich auch die Zeit im Leben, in der diese Menschen dann selbst auf Hilfe und Unterstützung angewiesen sind. Wir tun bereits viel, angefangen von den Aktivitäten im GrundTreff, über Seniorennachmittage, unsere GrundFahrt und vielen anderen Angeboten bis hin zu unserem Bürgerbus. Auch das sehr gut angenommene GrundBad ist hier nicht nur in Sachen Gesundheitsvorsorge, sondern auch in Sachen aktiver Freizeitgestaltung zu nennen. Wir müssen uns über eine Sache im Klaren sein: der Bedarf an solchen Angeboten wird nicht sinken, sondern mittelfristig eher steigen. Umso wichtiger ist deshalb für uns, die bewährte Partnerschaft, ja die Freundschaft, eben mit diesen vielen ehrenamtlichen Menschen, denen wir nicht nur im GrundTreff eine Heimat und Basis geben wollen. Ohne die Hardware wie z.B. der GrundTreff, ohne die ehrenamtlichen Helfer, werden wir diese Aufgaben nicht in der gewohnten Qualität stemmen können. Daher danke ich hier und heute, also genau jetzt diesen Menschen, die sich täglich als stille Alltagshelden und dabei völlig kostenneutral aus Sicht eines Kämmerers für unsere Gemeinschaft einsetzen.

Wiederkehrende Straßenbeiträge und Investitionen auf bekannt hohem Niveau

Ich mache es kurz. Es wird auch mit einem neuen Kämmerer keine wiederkehrenden Straßenbeiträge geben. Damit erfüllen wir weiterhin die kürzlich formulierte Wunschvorstellung für das Land Hessen einiger etablierter Parteien, die vermutlich die Regierung bilden werden.

Die Tatsache, dass unser Bauamt im höchsten Maße nicht nur in Sachen „grundhafte Sanierung von gemeindeeigenen Straßen“ ausgelastet ist, die laufenden oder auf den Weg gebrachten Projekte abzarbeiten und zu einem erfolgreichen Ende zu führen, kennen Sie. Jedenfalls hat über Arbeitsmangel noch keiner der Kollegen dort geklagt. Das wissen Sie ebenfalls. Dies bezieht sich übrigens nicht nur auf die Thematik der Straßen und Wege. Bei den Ingenieurbüros gibt es auch immer wieder Kapazitätsprobleme. Wir brauchen manchmal viele Monate, bis wir nach der Beauftragung Ergebnisse und fertige Pläne sehen, damit wir in die Ausschreibung und in die eigentliche Bauphase eintreten können.

Wenn Sie im laufenden Haushalt bis zum heutigen Zeitpunkt geringere Ausgaben sehen, heißt das nicht, dass das Thema Straßenunterhaltung und Straßenerneuerung in Vergessenheit geraten ist. Vielmehr möchten wir Transparenz und Objektivität in dieses Themenfeld einbringen. Wir freuen uns daher auf das alsbald fertiggestellte Straßenkataster und die daraus nachvollziehbaren Prioritäten. Wir haben dieses digitale Straßenkataster, wie bereits in diesem Gremium beschlossen, aufgebaut. Dazu wurden mit aufwendiger Videotechnik alle Straßen in allen Dörfern befahren und unter dem Einsatz von menschlicher und auch künstlicher Intelligenz bewertet und katalogisiert. Wir erhoffen uns von diesem digitalen Straßenzustandskataster eine noch viel effizientere Zustandserfassung und Priorisierung künftiger Maßnahmen, die uns dann spätestens im Haushalt 2025 beschäftigen wird. Die Straßenerhaltungs- und Straßenbaukosten sind ein Kostenfaktor, das was unter der Erde investiert werden muss, ein anderer ebenfalls nicht zu unterschätzender Bereich der Investitionen.

Wir werden mit der neuen Digitalisierungsstrategie bei der Erfassung, Aufnahme und Bewertung unserer Straßen an der sichtbaren Oberfläche in diesem Jahr einen neuen,

effizienten Weg einschlagen. Parallel dazu finden in diesem und im kommenden Jahr intensive Video-Befahrungen von gemeindeeigenen Kanälen statt, um deren Zustand zu bewerten. Unser Ziel ist es – und auch das ist ein Beitrag zum Vermögenserhalt unserer Bürger – unsere Infrastruktur mit allem, was auch unter der Fahrbahnoberfläche liegt, also nicht sichtbar ist - auf einem zukunftsfähigen und guten Stand zu halten. Ich möchte hier betonen, dass dies der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit geschuldet ist. Auch dieser Verantwortung in dem kaum bekannten Themenfeld sind wir uns bewusst.

Effizienz und Nachhaltigkeit sind die Stichworte, die für uns deutlich für die Fragen der Digitalisierung stehen. Wir konnten im laufenden Jahr tolle Erfolge erzielen und der digitale Weg wird weiter konstant fortgesetzt. Hier hat unsere Verwaltung sicher eine große Kraftanstrengung geleistet. Dies gilt nicht nur für die externen Dienstleistungen, auch die verwaltungsinterne Digitaloffensive geht stetig weiter. Woran es aber nach wie vor fehlt, sind die sachlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen, um weitere Verwaltungsdienstleistungen digital anzubieten. Wenn man ins Gespräch mit Kollegen aus benachbarten Ländern kommt, dann hat man manchmal den Eindruck, Deutschland sei ein digitales „Entwicklungsland“. Die verfügbaren Bandbreiten, die digitale Infrastruktur aber auch die rechtlichen Vorgaben und Verfahren, all dies, was uns Bund und Land gegenwärtig zur Verfügung stellen, sind überschaubar. Wo die rechtlichen Rahmenbedingungen vorliegen, können Sie das weitestgehend hier im Grund digital erledigen. Dies ist aber leider nach wie vor nur ein kleinerer Teil dessen, was möglich wäre und was wir uns wünschen würden. Passend dazu ist es kein Wunder, dass im vergangenen Jahr die Fristen für das sogenannte Onlinezugangsgesetz still und leise eingestampft wurden. Die Kommunen sind es in jedem Fall nicht, die hier auf der Bremse stehen, so mein Eindruck mit Hinblick auf die Gemeinde Ebsdorfergrund.

Hohe Investitionen für unsere Feuerwehr

Keinesfalls auf der Bremse stehen dürfen wir auch bei einem anderen Thema, der persönlichen Sicherheit unserer Feuerwehreinsatzkräfte, die sich unmittelbar auf den Brandschutz auswirkt. Wer die Feuerwehrekameradinnen und Feuerwehrekameraden bei ihren Einsätzen erlebt hat - ich bemühe mich soweit es geht, zumindest bei größeren Schadenslagen draußen zu sein - der weiß: was die Einsatzkräfte da tun und leisten, ist nicht immer ungefährlich. Umso mehr sind wir gefordert, gerade bei der persönlichen Schutzausrüstung, alles Notwendige zur Verfügung zu stellen. Diese Aufgabe ist auch immer mit hohen finanziellen Ausgaben verbunden, die es aber selbstverständlich wert sind.

Wir waren und sind bei unseren Feuerwehren personell gut aufgestellt und wollen es auch bleiben. Wenn wir hier in die persönliche Sicherheit der Einsatzkräfte investieren, dann ist das auch ein Signal an unsere Feuerwehrmänner und -frauen: Eure Sicherheit und Euer ehrenamtliches Engagement ist es uns wert!

Bei der Feuerwehr haben wir erfahrungsgemäß Projekte, deren Ausführung sich über mehrere Haushaltsjahre streckt. Hier wird nach bestem Wissen und Gewissen kalkuliert. Die letztendlichen Ergebnisse und aktuellen Ist-Daten der Fachplanungen haben uns in der letzten Zeit erwartungsgemäß eines Besseren belehrt: die Kosten bei aktuellen Projekten werden steigen und sich für die Zukunft auf einem neuen, hohen Niveau halten. Das Projekt "Mobile Löschwasserversorgung des Landkreis Marburg-Biedenkopf" kommt aus Sicht eines Kämmerers daher zu einer durchaus ungünstigen Zeit, aber die Position eines alleinigen „Trittbrettfahrers“ möchte ich gerne für unsere

Kommune vermeiden, weshalb Sie die geplanten Kosten für dieses interkommunale Projekt in diesem Haushalt wiederfinden. An dieser Stelle möchte ich kurz erwähnen, dass die interkommunale Zusammenarbeit gerade im verwaltungstechnischen Bereich und in der Daseinsvorsorge mit direkten Nachbarkommunen, aber auch mit anderen Gemeinden aus dem eigenen und benachbarten Landkreisen künftig mehr ausgebaut werden soll.

Lassen Sie mich bitte kurz den Ihnen durchaus bekannten Prüfbericht in Bezug auf unsere Feuerwehr nochmals erwähnen. Wir haben das Schriftstück gemeinsam als „Sofortsache“ wahrgenommen, nachdem der Gemeindevorstand es dementsprechend transparent und kommunikativ veröffentlicht hat. Nicht nur wegen den darin deutlich aufgeführten, vielen baulichen Mängeln an dem Großteil unserer Feuerwehrgebäude und dem teilweise stark „in die Jahre gekommenen“ Fuhrpark gilt umso mehr, was ich ganz zu Anfang angemerkt habe: Haushaltsdisziplin ist kein Selbstzweck. Wir haben Pflichtaufgaben, dazu gehört die Feuerwehr ganz sicher! Wie bereits im Vorbericht erwähnt, muss ich wieder auf die Eisprinzessin eingehen, die vor der Kür erst die Pflichtaufgaben erfolgreich erfüllen muss.

Ich kann es Ihnen bei dieser Kostenstelle nicht ersparen: In diesem Themenbereich stehen nun regelmäßig und auch in Zukunft große Investitionen an. Der Bedarfs- und Entwicklungsplan, den wir im ersten Halbjahr 2024 erwarten können, wird dies bestätigen. Deshalb werden von uns jetzt schon die richtigen Weichen gestellt und deutliche Investitionen im Haushalt 2024 eingeplant bzw. aus dem aktuellen Haushaltsjahr übertragen. Mein wichtiger Hinweis: Auch wenn uns das Thema Brandschutz finanziell fordert, es sind Dank des ehrenamtlichen Einsatzes unserer Feuerwehren Mittel, die sich gut verzinsen. Dessen sollten wir uns bei unseren Entscheidungen stets bewusst sein.

Herausforderungen durch Aufnahme von Geflüchteten

Das in den öffentlichen Medien vorgestellte und durchaus als Vorbild geltende Modell hier im Landkreis Marburg-Biedenkopf, setzt überwiegend auf die Unterbringung in Unterkünften von unterschiedlicher Größe, die von Privatpersonen direkt an den Landkreis vermietet werden. Durch dieses funktionale System konnten auch die Flüchtlings-thematiken rund um den Krieg in der Ukraine gut abgedeckt werden. Wir in der Verwaltung möchten dieses System weiter solidarisch und stark unterstützen. Wir werben weiter offensiv für diesen Wohnraum hier in der Kommune.

Ich persönlich erwarte, dass aufgrund der konstant steigenden Ankunfts-zahlen in das Gebiet von Europa, diese Zahlen weiter stetig steigen werden und alle Kommunen nach einem klaren Verteilerschlüssel dementsprechend Wohnraum finden müssen.

Der Landkreis geht ebenfalls von steigenden Zahlen aus und hat dementsprechend die Öffentlichkeit über die Medien in Kenntnis gesetzt. Wir werden weiter auf das funktionale System der privaten Unterkünfte in Kooperation mit dem Landkreis setzen. Aber: Weder auf Bundesebene, noch auf europäischer Ebene ist es gelungen, wirksam gegenzusteuern. Nur zögerlich, aus kommunaler Sicht viel zu spät, reagiert die Bundespolitik auf diese Situation mit vielen Ankündigungen, aber bislang wenig konkretem Handeln. Der Haushaltsentwurf der amtierenden Bundesregierung besagt,

dass die Bundesmittel für die Betreuung ab dem kommenden Jahr stark gekürzt werden sollen und das trotz steigender Zahlen... kein guter Ausblick!

Wie wir diese Herausforderungen meistern, wird sich zeigen. Eines dabei ist klar: wir werden das nur gemeinsam schaffen, ohne Polemik und mit viel Solidarität!

Für uns auf kommunaler Ebene war und ist es wichtig, dass wir das Thema aktiv angehen und nicht einfach auf uns zukommen lassen. Wir wollen nicht darauf zurückgreifen müssen, Sporthallen oder Bürgerhäuser zu belegen. Dann kämen Teile unseres Gemeinschaftslebens zum Erliegen. Der gesellschaftliche Friede und die Akzeptanz würden Schaden nehmen und spielte dann politischen Kräften in die Hände, die nichts zu einem gedeihlichen Miteinander in unserer Gesellschaft beitragen wollen - ganz im Gegenteil.

Unabhängig davon, und das ist ganz einfach eine Frage des menschlichen Anstandes und unseres christlichen Menschenbildes, sehen wir es als unsere Pflicht an, die zu uns kommenden Menschen - gleich welcher Herkunft - menschenwürdig zu behandeln und unterzubringen. Wir können und dürfen diese unzumutbare Situation nicht auf dem Rücken der Menschen, insbesondere der Frauen und Kinder, die kommen, austragen. Gleichwohl können wir die Bundespolitik hier nicht aus der Verantwortung entlassen. Der gemeinschaftliche Zusammenhalt ist die Grundlage für unser friedliches Leben hier im ländlichen Raum!

Personalentwicklung mit Plan für künftige sichere Handlungsfähigkeit

Wie Sie aus all den vorgenannten Maßnahmen, Projekten und Aufgaben erkennen können, unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinde Ebsdorfergrund, das „Team Sonnenscheingemeinde“, ist gefordert und wird weiter gefordert sein. Dabei stehen wir, wie viele andere Bereiche, derzeit aber in einem großen Umbruch: Die geburtenstarke Generation, nicht nur auf der Führungsebene, geht zum Teil innerhalb der nächsten Jahre, bzw. in dieser Dekade in den wohlverdienten Ruhestand. Dabei sind auch viele Leistungsträger, die uns künftig nicht mehr zur Verfügung stehen werden. Mit jedem langjährigen Mitarbeiter verlieren wir Kompetenzen, Kenntnisse und Erfahrungen, die wir kompensieren müssen. Deshalb tun wir gut daran, in der Personalentwicklung auch „Überlappungszeiten“ vorzusehen, damit die jeweiligen Nachfolger ganz einfach die Chance haben, so viel als möglich und von den Erfahrungen ihrer Vorgänger zu profitieren. Es soll das Wissen weitergegeben werden, damit Übergänge ohne Qualitätsverlust vollzogen werden können. Natürlich kostet das auch Geld, darauf zu verzichten, wäre dagegen am Ende aber womöglich viel teurer.

Der diesjährige Stellenplan mit über 12 neuen Planstellen weist neben vielen notwendigen Stellen, wie z.B. im Kita-Bereich, auch sogenannte „Pufferstellen“ auf. Dadurch können wir jederzeit auf einen erhöhten Betreuungsbedarf, bzw. Personalbedarf reagieren. Die tatsächlichen Personalkosten entstehen aber erst, wenn das passende Personal eingestellt werden kann und überhaupt benötigt wird.

Die überwiegend weiblich geprägte Führungsebene im Team der Fachbereichsleiter, mit der ich außerordentlich gut und offen zusammenarbeite, möchte ich auch im Rahmen dieser Entwicklung beibehalten und bedanke mich herzlich, nicht nur eben bei

diesen Fachbereichsleiterinnen und meinem Fachbereichsleiter, sondern bei jeder Mitarbeiterin und jedem Mitarbeiter im großen, vielfältigen Team der Gemeinde Ebsdorfergrund für die große Unterstützung seit dem ersten Tag meiner noch recht jungen Amtszeit.

Besonders möchte ich mich bei der Fachbereichsleitung Frau Petra Krüger und ihrem Team von der Finanzabteilung bedanken. Kürzlich konnte ich unsere Frau Krüger persönlich zum 40-jährigen Dienstjubiläum gratulieren!

Ihre große Erfahrung spiegelt sich mit Sicherheit in diesem Haushalt wider. Für Frau Krüger und Ihr Team war es somit vermutlich ein Haushalt unter vielen. Für mich hingegen war es mit diesem ersten „persönlichen“ Haushalt etwas ganz Besonderes. „Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne“, so war tatsächlich mein Gefühl in den letzten Wochen! In hervorragender Teamarbeit haben wir erreicht, dass der Haushalt 2024 eine „grüne Ampel“ erhält. Das bedeutet, dass alle Kriterien im Finanzstatusbericht erfüllt werden. Dazu wird der Schuldenabbau weiter fortgesetzt mit dem positiven Nebeneffekt, dass Zins- und Tilgungsbeträge den Haushalt kaum noch belasten.

Sehr geehrte Damen und Herren der Gemeindevertretung, natürlich wird Ihnen Frau Krüger und meine Person für Rückfragen zur Verfügung stehen, wenn Sie in Ihren Fraktionen über das umfangreiche Zahlenwerk beraten.

Ich bin der festen Überzeugung, dass dieser Haushalt, der heute bewusst nicht in der traditionell gebundenen Version im roten Einband, sondern elektronisch auf einem gelben Sunshine-Daten-Stick an Sie übergeben wird, widerspiegelt, was wir in diesem und vergangenen Jahren hier in der Gemeindevertretung beraten und, nicht immer

einstimmig, entschieden haben. Ich weise aber auch klar und deutlich daraufhin, dass nicht alle Wünsche aus dieser vergangenen und aktuellen Zeit abgebildet werden können. Aufgeschoben ist hier aber nicht gleich aufgehoben!

Mir ist sehr wohl bewusst, dass die anstehenden Haushaltsberatungen in jedem Jahr die Krönung der politischen Auseinandersetzungen sein können, gerade nach dem Amtswechsel und mit einem Kämmerer, der eine neue Art und Weise in Bezug auf die Arbeitsweise am und mit dem Haushalt an den Tag legt. Ich würde mir in aller Deutlichkeit wünschen, dass wir dabei sachlich über den Haushalt debattieren, denn: Zahlen lügen nicht.

Ich sehe daher hier im Gremium keinen Anlass für weitere größere Spielräume oder gar Übermut in Sachen weiterer Investitionen. Versprechungen und gewünschte Projekte müssen in den kommenden Jahren immer vorher gewissenhaft und unaufgeregt auf solide Finanzierbarkeit geprüft werden.

Ich habe Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren der Gremien mit der Einbringung des Haushaltes 2024 viele Gedanken, Hinweise und persönliche Einschätzungen mitgegeben, die Sie Bitte in den Beratungen über dieses umfangreiche und auf vielen Seiten dargestellte Zahlenwerk in ihre Überlegungen, Diskussionen und Abwägungen miteinbeziehen. Ich werbe ausdrücklich dafür, dass wir uns gemeinsam konstruktiv damit auseinandersetzen und hoffentlich zu einem breiten Konsens kommen.

Das wäre nämlich ein tolles Signal an die Bürgerinnen und Bürger mit deren Steuergeld wir hier umgehen dürfen und die wir im Rahmen der Bürgerbeteiligung weiter

kontinuierlich einbinden wollen, ohne das Rad neu zu erfinden, aber mit dem Ziel Prioritäten zu erkennen und Pflichtaufgaben gewissenhaft umzusetzen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Hanno Kern, Bürgermeister